8. Die Sklavenfrage und der Bürgerkrieg

Die Sklavenfrage

Schon im 17. Jahrhundert wurden die ersten schwarzen Sklaven aus Afrika nach Nordamerika eingeführt. Ihre Verteilung auf die einzelnen britischen Kolonien war unterschiedlich. In den wärmeren **südlicheren Kolonien** entwickelten sich grosse Plantagen, auf denen Tabak, Reis und vor allem Baumwolle angepflanzt wurden. Anbau und Ernte erforderten viele Arbeitskräfte, die ausdauernd und gegen Hitze unempfindlich sein mussten, jedoch keine besondere Ausbildung brauchten. Daher hielt man hier die Sklaverei für notwendig. 1860 gab es im Süden neben 8,5 Millionen Weissen 3,8 Millionen Sklaven. Die Bauern, Handwerker und Fischer im **Norden** konnten sich kaum Sklaven leisten. Zudem war hier das Klima für Afrikaner ungünstig. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Industrie, die vor allem technisch befähigte Lohnarbeiter benötigte. Solche trafen als Auswanderer aus Europa in grosser Zahl ein. Der Einsatz schwarzer Sklaven erschien weder sinnvoll noch notwendig. Auch die Farmer der neuen Staaten im **Westen** besassen kaum Sklaven. Die Sklaverei blieb also auf den Süden beschränkt. Durch die Aufnahme neuer Staaten im Westen nahm die Zahl der Staaten mit wenig oder gar keinen Sklaven ständig zu.

Schon zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung (1776) hatten sich manche Politiker gefragt, ob die Sklaverei mit der Idee der Gleichberechtigung aller Amerikaner vereinbar sei. Einige Staaten verboten die Sklaverei bereits damals. 1808 wurde die Einfuhr neuer Sklaven aus dem Ausland für den ganzen Bund untersagt. Im 19. Jahrhundert entstanden in den Nordstaaten Organisationen, welche die Abschaffung der Sklaverei im ganzen Gebiet der USA forderten. Die Südstaaten aber hielten an dieser Einrichtung zäh fest. Ein allfälliges Verbot bedeutete für sie den Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrer Eigenständigkeit.

Aus der Satzung der «Amerikanischen Antisklavereigesellschaft» (1833):

10 «Wir kommen hiermit überein ..., eine Gesellschaft gegen die Sklaverei zu bilden:

- weil der allerhöchste Gott ‹alle Geschlechter der Menschen aus einem Blut geschaffen hat, auf dem Erdboden zu wohnen›, und ihnen gebot, ihren Nächsten zu lieben wie sich selbst;
- weil unser Dasein als Volk auf den in der Unabhängigkeitserklärung anerkannten Grundsatz gegründet ist, ‹dass alle Menschen gleich geschaffen sind ...›;
- weil die Sklaverei den Grundsätzen der natürlichen Gerechtigkeit, des Christentums und unserer republikanischen Regierungsform zuwiderläuft ...;
- weil wir es für ausführbar halten, durch Mahnrufe an die Gewissen, die Gefühle und die Interessen des Volkes in der ganzen Nation eine öffentliche Meinung zu erwecken, die sich in allen Teilen der Republik gegen die Fortdauer der Sklaverei wendet.»

1

2

1 Herrensitz «Nottoway Plantation» in Mississippi
2 Sklavenfamilie auf einem Baumwollfeld in Georgia um 1860

Aus einer Rede von George Fitzhugh über die Sklaverei (1854):

11 «Nun, es ist deutlich, dass die ... Demokratie für ein Negervolk nicht passen würde. Auch wird eine Regierung durch das blosse Gesetz für den einzelnen Neger nicht genügen. Er ist nur ein erwachsenes Kind und muss als Kind beherrscht werden ... Der Herr nimmt ihm gegenüber die Stelle des Vaters oder Vormunds ein ... Der Neger ist ohne Voraussicht; er wird nicht im Sommer für die Bedürfnisse des Winters zurücklegen, er wird nicht in der Jugend für die Not des Alters sammeln. Er würde zu einer unerträglichen Last für die Gesellschaft. Die Gesellschaft hat ein Recht, dies zu verhindern, und kann das nur, indem sie ihn häuslicher Sklaverei unterwirft. Letztlich: Die Negerrasse ist minderwertig gegenüber der weissen, und die Neger, wenn sie inmitten der Weissen leben, würden in der Hetze der freien Konkurrenz bei weitem überholt oder überlistet. Allmähliche, aber sichere Vernichtung wäre ihr Schicksal.»

Wer soll entscheiden?

Immer deutlicher trat die Frage in den Vordergrund, ob man es jedem Einzelstaat überlassen solle, die Sklaverei zu verbieten oder zu gestatten, oder ob die Sklavenfrage durch den Bund, die «Union», geregelt werden müsse.

Aus einer Rede von Stephen A. Douglas in Illinois (1858; Douglas besiegte damals den Gegner der Sklaverei, Abraham Lincoln, in der Senatswahl, unterlag diesem aber zwei Jahre später in der Präsidentenwahl.):

12 «Wir müssen die Rechte der Neger insofern ausdehnen, als es mit der Sicherheit der Gesellschaft vereinbar ist ... Die Frage ist nur: Was sind das für Rechte? Meine Antwort ist, dass jeder Staat selber darauf eine Antwort finden muss. Wenn das Volk jedes Einzelstaates nach diesem Prinzip vorgeht, sich um das Wohl seiner Neger kümmert und sich nicht in die Angelegenheiten der Nachbarn einmischt, dann bleibt der Friede zwischen Norden und Süden ... erhalten.»

Aus einer Rede Abraham Lincolns (1858):

13 «Es ist nun das fünfte Jahr, seit eine Politik betrieben wird mit dem Bekenntnis und den zuversichtlichen Versprechungen, den Wirren der Sklavenfrage ein Ende zu setzen.* Während dieser Zeit haben die Wirren aber ... unablässig zugenommen. Meiner Ansicht nach werden sie kein Ende finden, bis nicht eine Krise erreicht und überwunden sein wird. ‹Ein in sich uneiniges Haus kann nicht bestehen› (Matthäus 12, 25). Ich glaube, diese Regierung kann nicht fortbestehen, wenn sie dauernd halb für, halb gegen die Sklaverei ist ... Entweder werden die Gegner der Sklaverei der weiteren Ausbreitung Einhalt gebieten und die Sache so weit bringen, dass die öffentliche Meinung zur Ruhe kommt und sie die Gewissheit hat, dass die Sklaverei in den letzten Zügen liegt; oder ihre Befürworter werden die Sklaverei weiter verbreiten, bis sie in allen Staaten ... gesetzlich erlaubt ist.»

Der Bürgerkrieg (1861–1865)**

1860 wurde Abraham Lincoln zum Präsidenten der USA gewählt. Die Südstaaten fürchteten, er würde eine Bundeslösung zu ihren Ungunsten durchsetzen. Als Minderheit könnten sie dies nicht verhindern. Daher beschlossen sie den Austritt aus dem Bund und die Bildung eines eigenen Staatenbundes, der «Konföderierten Staaten von Amerika». Lincoln dagegen wollte die Einheit der USA erhalten und erklärte den Austritt der Südstaaten als Rebellion gegen die Verfassung. Dies führte 1861–1865 zu einem vierjährigen Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden. Die Nordstaaten waren zahlen- und rüstungsmässig überlegen, jedoch waren nicht alle ihrer Bewohner von der Notwendigkeit des Krieges überzeugt. Die Südstaaten boten alle ihre Kräfte auf und verteidigten sich lange Zeit geschickt. Als den Armeen des Nordens jedoch tiefe Vorstösse mit umfassenden Zerstörungen gelangen, musste der Süden kapitulieren.

Aus einem Tagebucheintrag im Südstaat Georgia (24. Dezember 1864):

14 «Auf dem ganzen Weg von Sparta bis Gordon war kaum ein Zaun stehen geblieben. Die Felder waren zertrampelt und die Strassen gesäumt mit den Kadavern von Pferden, Schweinen und Rindern, die die Eindringlinge (das heisst die Nordarmee) nicht mehr selbst verbrauchen oder mitnehmen konnten und mutwillig niedergeschossen hatten, um die Bevölkerung auszuhungern und es ihr unmöglich zu machen, die Ernte einzubringen ... An manchen Stellen erhoben sich nur noch einsame Schornsteine ... und erzählten von den in Asche gelegten Wohnhäusern ... Heuschuppen und Getreideschober waren zerstört, die Futterkrippen leer, und jeder Ballen Baumwolle, den die Plünderer entdeckt hatten, war verbrannt ...»

Schon während des Krieges hatte Lincoln alle Sklaven der USA für frei erklärt. Kurz nach Kriegsende beschloss der Kongress, dass die ehemaligen Sklaven nun auch alle Bürgerrechte (zum Beispiel das Wahlrecht) ausüben dürften. Das Problem war damit aber nicht erledigt. Norden und Süden waren verbittert. Im Norden trauerte man um Lincoln, der kurz nach dem Krieg von einem Attentäter aus dem Süden ermordet worden war. Die Südstaaten waren wirtschaftlich schwer geschädigt. Die ehemaligen Sklaven bearbeiteten nun meist als Kleinpächter ein Stück Land der Baumwollplantagen und mussten dafür einen Teil der Ernte abliefern. Sie waren jetzt persönlich frei, wirtschaftlich aber nicht immer besser gestellt als früher. In einigen Staaten wurde ihnen auch das Stimmrecht vorenthalten, indem man dieses an das Bestehen von staatsbürgerlichen Prüfungen oder an ein gewisses Einkommen knüpfte.